

**Zeitschrift:** Appenzeller Kalender  
**Band:** 251 (1972)

**Artikel:** Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1970/71  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-376022>

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 22.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Schweiz im Jahre 1970/71

Das abgelaufene Jahr stand wie seine Vorgänger im Zeichen unverringter weltpolitischer Spannungen. Weder der Vietnamkrieg, noch der beharrlich andauernde Halbkriegszustand im nahen Osten haben ein Ende gefunden. Auch innerhalb Europas herrschte viel Unruhe und Spannung und ist auch der schwelende Unruheherd in Irland wie in Südalitalien keineswegs zur Ruhe gekommen. Weltwirtschaftlich hat sich der bisherige Konjunkturauftrieb merklich verlangsamt. Die Inflation hat aber trotz nachlassender Auftriebskräfte ihren Fortgang genommen. So stiegen in den Ländern der OECD das Preisniveau im Berichtsjahr um 5 bis 6 %, das Lohnniveau sogar um 10 und mehr Prozent. Das Teuerungsproblem und seine Bekämpfung standen denn auch überall im Vordergrund wirtschaftlicher Sorge. In den USA war die Konjunktur merklich rückläufig, was in hohen Arbeitslosenzahlen sich ausdrückte, wie dies übrigens auch für Großbritannien zutraf, das zudem durch wiederholte Streikbewegungen heimgesucht wurde. Dagegen nahm der Konjunkturaufschwung in den übrigen westeuropäischen Ländern sowie in Japan weiter zu, in Westeuropa allerdings abgeschwächt. In der europäischen Integration wurden keine großen Fortschritte erzielt, doch ist nun doch die Erweiterung der EWG wieder in eine aktiveren Gesprächsphase getreten. Währungspolitisch hat im Mai 1971 eine Dollarschwäche eine Spekulationswelle ausgelöst, die in Europa Gegenmaßnahmen und in der Schweiz eine Aufwertung des Frankens um 7% zur Folge hatte. Der Geldmarkt wies allgemein hohe Zinssätze auf, doch ist auf dem sog. Eurogeldmarkt wieder eine Entspannung eingetreten und sind demzufolge verschiedene Diskontsätze gesenkt worden.

Die schweizerische Wirtschaft setzte sich im Berichtsjahr wiederum der Gefahr der Konjunkturüberhitzung aus. Da die Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen die Produktionskapazität überstiegen, verstärkte sich der Preisauftrieb. Infolge der Knappeit an Arbeitskräften vermochte die Produktion der Nachfrage nicht zu folgen, was den ohnehin vorhandenen Preisanztrieb noch beschleunigte, aber auch vermehrte Importe zur Folge hatte.

Das gesamte Bruttonsozialprodukt stieg im Berichtsjahr von 70 auf 88 Mia Fr. Die Teuerung nahm im vergangenen Jahr um 5 % zu, also doppelt soviel wie im Vorjahr, so daß vermehrt der Ruf nach aktiveren Teuerungsbekämpfungsmaßnahmen erhoben wurde. Diese beschränkten sich aber zur Hauptsache darauf, daß das Kreditbegrenzungsabkommen der Nationalbank mit den Privatbanken vom September 1969, das sich bewährt hat, über seinen Ablauf von Anfang Juli 1971 hinaus verlängert werden soll. Wie bereits erwähnt, ist nun die vom Bundesrat be-

schlossene, schon lange in Diskussion stehende Aufwertung des Schweizerfrankens zur Tatsache geworden, womit auch dem immer stärker gewordenen Inflationsdruck entgegengetreten werden soll. Weitere Maßnahmen, speziell auf dem Bausektor sind geplant.

Der *Großhandelsindex* stieg im Berichtsjahr um 2 % (Vorjahr 5 %), der *Lebenskostenindex* dagegen kletterte um 5,4 % hinauf (Vorjahr 2,3 Prozent). Ins Gewicht fielen dabei insbesondere die erhöhten Ölpreise und die Mieten. Ende April 1971 stand dieser Index auf 118,3 (Sept. 1966 = 100) und 6,7 % höher als vor Jahresfrist.

Der *Geldmarkt* erfuhr durch die Rückwanderung im Ausland angelegter Gelder eine Entspannung. Der *Kapitalmarkt* stand unter dem Einfluß verstärkter Nachfrage und wies steigende Zinssätze auf. Diese überstiegen bei den Obligationen 6 %. Dagegen blieben der Diskontsatz seit September 1969 unverändert auf 3 1/4 %, der Lombardsatz auf 4 1/4 %. An Anleihen mit Neubeanspruchung des Marktes wurden 1970 4250 Mio Fr. gegen 4175 Mio im Vorjahr verzeichnet, wobei bei den Obligationen ein Zuwachs, bei den Aktienemissionen aber ein Rückgang eingetreten ist. Auch die Auslandsanleihen waren rückläufig.

Im *Bau- und Wohnungssektor* wurden 1970 56 000 neue Wohnungen erstellt, was rund 6,5 % des Bruttonsozialproduktes beanspruchte. Besondere Bundeshilfe wurde für Erschließungsarbeiten und die Wohnbauförderung gewährt und wird nun auch ein besonderer Art. 34 *sexies* der Bundesverfassung zur vermehrten Förderung des Wohnungsbaues geplant. Auch ist der Mieterschutz durch eine Revision des Obligationenrechtes verstärkt worden. All' dies wird aber durch die ständig weiterschreitende Verteuerung der Baukosten (1970 um 10 %) erschwert.

Der *Fremdenverkehr*, der bereits 1969 einen Zuwachs von 4 % erfahren hatte, nahm im Berichtsjahr um weitere 6 % zu, doch hielt der Erlös des Gastgewerbes nicht ganz Schritt mit der Umsatzsteigerung. Erschwerend machte sich in steigendem Maße der Personalmangel geltend, der in der Schweiz viel fühlbarer auftritt als im konkurrierenden Ausland.

In der *Landwirtschaft* verursachte der langandauernde Winter wie die Trockenperiode des Sommers eine Verzögerung des Wachstums, doch war die Getreideernte befriedigend. Zugenummen hat der Rindviehbestand, während die Milchproduktion einigermaßen stabilisiert werden konnte. Angesichts der ständigen Steigerung der Produktionskosten bewilligte der Bundesrat Preiserhöhungen auf Schlachtvieh und auf der Milch und im Frühjahr 1971 nochmals eine solche um 6 %. Demzufolge stieg denn auch der Preisindex der landwirtschaftlichen Produkte in-

nert Jahresfrist um 7,4 %, d. h. auf 190 (1948 = 100). Der Endrohertrag der Landwirtschaft stieg im Berichtsjahr um weitere 6,7 % und erreichte einen Höchststand von 4463 Mio Fr.

In der Industrie hat der Bestellungseingang im allgemeinen seit 1969 noch zugenommen. In der Metall- und Maschinenindustrie war das Auftragsvolumen trotz erhöhter Produktion kaum mehr zu bewältigen. Der Export erreichte einen Ausfuhrwert von 9,2 Mia, bei allerdings abgeschwächter Zuwachsrate. Die Uhrenindustrie war 1970 vollbeschäftigt. Trotz verstärkter Konkurrenz nahm der Export weiter zu. Wenn auch das sog. Uhrenstatut dahinfallen wird, so soll doch die Qualitätskontrolle beibehalten werden. In der chemisch-pharmazeutischen Industrie stellte sich eine Verlangsamung der Produktion wegen Arbeitskraftmangel ein, so daß der Exportzuwachs sich abschwächte. Trotz erhöhter Forschungskosten konnten sich die Preise nicht entsprechend entwickeln. Die Textilindustrie war im allgemeinen vollbeschäftigt, bei allerdings geringerem Produktionszuwachs. In der Stickerei war der Geschäftsgang abgeschwächt und ging auch der Export etwas zurück. Der Produktionsgrad der Stickautomaten fiel deshalb von 98 auf 90 % zurück.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht ist vor allem die Ablehnung der sog. Schwarzenbach-Initiative gegen die Überfremdung in der Volksabstimmung vom Juni 1970 zu erwähnen, die obwohl staatspolitisch verständlich, doch die schweizerische Wirtschaft ernstlich hätte gefährden können. Bereits ist aber wieder eine neue Initiative ähnlicher Zielsetzung im Tun.

Verworfen wurde auch am 27. September 1970 eine Volksinitiative, durch welche das Recht auf Wohnung in der Verfassung hätte verankert werden sollen. Eine Revision des Bankengesetzes brachte eine Verbesserung des Sparer- und Gläubigerschutzes und eine strengere Kontrolle der Banken wie die Bewilligungspflicht für ausländisch beherrschte Banken. Auch die Revision des Münzgesetzes konnte Ende 1970 unter Dach gebracht werden. Sie brachte die Übertragung der Kompetenz zur Fixierung der Goldparität vom Parlament auf den Bundesrat. In Vorbereitung ist ein neuer Verfassungsartikel 24 sepietis der Bundesverfassung zur Sicherung des Immisionsschutzes (Schutz vor Lärm, Gase usw.), den man schon zu lange hat vermissen müssen.

Sozialpolitisch von Bedeutung ist die Tatsache, daß zu Beginn des Jahres 1971 sämtliche Renten der AHV um 10 % erhöht worden sind.

Hinsichtlich der Integrationsbestrebungen sind Verhandlungen mit der EWG seitens der EFTA-Partner der Schweiz: Großbritannien, Dänemark und Norwegen im Gange, während die Schweiz, wie Schweden und Österreich auf der Linie von Spezialabkommen bleiben wollen. Die EFTA,

der die Schweiz angehört, konnte im Mai 1970 bereits ihr 10jähriges Jubiläum feiern und sind nun schon seit 1966 sowohl die Zölle wie die mengenmäßige Beschränkung der Importe unter den Partnern weggefallen.

Der schweizerische Außenhandel dehnte sich im Berichtsjahr erneut stark aus. Die Einfuhren stiegen von 22,7 Mia Fr. auf 27,8 Mia Fr., die Ausfuhren von 20 auf 22,1 Mia Fr. Durch die Mehreinfuhr erhöhte sich das Defizit der Handelsbilanz von 3008 auf 5733 Mia Fr. Der Importüberschuß wurde vornehmlich durch den großen Bedarf an Rohstoffen, Halbfabrikaten und Investitionsgütern verursacht. In der Gliederung der Ein- und Ausfuhr zeigte sich, daß die Warenbezüge aus den Ländern der EWG wie der EFTA annähernd gleich stark zunahmen. Bei den Exporten ergab sich eine Zunahme der Lieferungen nach Ländern der EWG um 10 %, nach denjenigen der EFTA um 13 %. Dabei ist nicht zu übersehen, daß zahlreiche Exportfirmen in zunehmendem Maße die Produktion ins Ausland verlegten, was einer unsichtbaren Ausfuhr gleichzusetzen ist. Vom Mehrexport des Berichtsjahrs entfielen 1304 Mia auf die Metall- und Maschinenindustrie, 424 Mia auf die chemische Industrie, 214 Mia auf die Nahrungsmittelindustrie und nur 134 Mia auf die Textilindustrie.

Im Verkehrswesen war im Berichtsjahr festzustellen, daß bei den SBB der Güterverkehr weiter zugenommen hat, während der Personenverkehr, wohl unter dem Einfluß des immer ausgedehnteren motorisierten Verkehrs stagnierte. Umgekehrt hat der Luftverkehr einen beträchtlichen Zuwachs erfahren, ebenso die Rheinschiffahrt. Der Nationalstraßenbau machte weitere Fortschritte, was angesichts der bereits über groß gewordenen Verkehrsintensität auf der Straße ein dringendes Gebot darstellt.

Die öffentlichen Finanzen, sowohl des Bundes wie der Kantone und Gemeinden sind unter dem Druck der vielseitig gestiegenen Anforderungen an die ja unerlässliche Mitwirkung der Behörden bei der Bewältigung der großen Gemeinschaftsaufgaben unserer Zeit (Straßenbau, Gewässerschutz, Erziehungswesen, Gesundheitspflege) einer steten maximalen Belastung ausgesetzt. So sahen bereits die Voranschläge dieser Körperschaften für das Jahr 1970 einen Ausgaben-Gesamtbetrag von 18,6 Mia Fr. vor mit einem Einnahmen-Voranschlag von 17,8 Mia, was 21 % des Bruttosozialproduktes ausmacht.

Die Bundesrechnung schloß 1970 besser ab als erwartet. Nachdem eine erste Vorlage für eine neue Bundesfinanzordnung im November 1970 in der Volksabstimmung unterlag, ist sie nun in abgeschwächter Form im März 1971 von den eidg. Räten gutgeheißen und in der Volksabstimmung vom 6. Juni 1971 angenommen worden.